

11.05.2010 / Schwerpunkt / Seite 3

»Gespenst« im Landtag

Nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen: Die Linke findet sich zur eigenen Überraschung jetzt in einer Schlüsselposition wieder

Peter Wolter

Das »Gespenst des Kommunismus« wird in Nordrhein-Westfalen (NRW) schon lange beschworen – seit Sonntag hat es in Gestalt der Linkspartei sogar dreist mitten im Landtag Platz genommen. Und schon geht so gut wie nichts mehr: Schwarz-Gelb muß aufgeben, die SPD-Grüne- und die CDU-Grüne-Variante des politischen Neoliberalismus haben ebenfalls keine Mehrheit. Damit NRW überhaupt eine Regierung bekommt, gibt es zwei Möglichkeiten: Eine große Koalition aus SPD und CDU oder die »rot-rot-grüne« Einigung. Und für beides ist die Linkspartei zu ihrer eigenen Überraschung das Zünglein an der Waage.

Hessen läßt grüßen, die SPD-Spitzenkandidatin Hannelore Kraft ist offensichtlich in die Ypsilanti-Falle getappt. Im Unterschied zu ihrer Wiesbadener Kollegin hatte sie sich vor der Wahl allerdings nicht auf eine platte Absage an die ungeliebten Roten festgelegt, denen zu Unrecht nachgesagt wird, sie hätten kommunistische Ambitionen. Mit semantischem Feinsinn hatte Kraft ihnen immer nur »mangelnde Regierungsfähigkeit« attestiert und betont, mit der Linken »möchte« sie nicht – der Satz »ich werde nicht« wurde nicht gehört. Dennoch könnte sich Kraft locker zur Ministerpräsidentin wählen lassen: Auch wenn sich die Linke enthält, hätte sie im zweiten Wahlgang die einfache Mehrheit.

Parteichef Oskar Lafontaine zog am Montag schon einmal die roten Linien: Die Tolerierung einer Minderheitsregierung aus SPD und Grünen werde es für Die Linke nicht geben – eine Variante, die allerdings auch die Landesgrünen ablehnen. Dafür gebe es »keine seriöse Grundlage«, erklärte Lafontaine nach einer Sitzung des Parteivorstandes in Berlin. Eine direkte Beteiligung an der Regierung hält er allerdings für möglich – sie dürfe im Bundesrat allerdings keinen Sozialabbau mittragen. Der am kommenden Samstag mit dem Parteitag in Rostock ebenfalls aus dem Amt scheidende Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch hingegen wäre wohl nicht grundsätzlich gegen eine Tolerierung. Es werde »im Moment weder was ausgeschlossen noch sonst irgendwas«, sagte er. »Der Ball liegt bei der SPD.«

Auch wenn sich die SPD mit einem Wahlergebnis von 34,5 Prozent von ihren jüngsten Niederlagen erholt hat – sie hat in NRW so schlecht abgeschnitten wie seit 42 Jahren nicht mehr. Und die Landes-CDU hatte in ihrer gesamten Geschichte noch nie so ein desaströses Ergebnis – selbst in den Anfangsjahren der BRD nicht, als das katholische Zentrum als Konkurrent im Landtag saß. Das wird jetzt natürlich auch dem noch amtierenden Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers angelastet, dessen politische Karriere wohl vorbei sein dürfte. Aus der Traum, Nachfolger von Horst Köhler als Bundespräsident zu werden.

Nicht zu Unrecht wurde die NRW-Abstimmung als »kleine Bundestagswahl« bezeichnet – das Land zwischen Rhein und Weser ist von der Bevölkerungszahl her das mit Abstand größte von allen Bundesländern. Dementsprechend hat das Düsseldorfer Kabinett natürlich auch sechs Stimmen im Bundesrat.

Die bisherige Mehrheit von Schwarz-Gelb in der Ländervertretung ist jedenfalls dahin – was die Position von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) schwächt und zugleich den Streit in der Regierungskoalition neu anfachen dürfte. Ein »Weiter so« dürfe es nicht geben, forderten denn auch schon die Ministerpräsidenten der schwarz regierten Bundesländer Saarland und Niedersachsen, Peter Müller und

Christian Wulff.